Ä1 Grillen für alle! – Für Grillplätze in Steglitz-Zehlendorfer Parks

Antragsteller*in: Jasper Hahn (LV Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag zu A7

Von Zeile 3 bis 5:

So werden attraktive Treffpunkte ~~besonders~~ für junge Menschen geschaffen, an denen es in Steglitz-Zehlendorf ~~besonders mangelt, und mangelt. Außerdem wird~~ Grillen so auch für weniger privilegierte Menschen (ohne Einfamilienhaus mit Garten) zugänglich.

Ä1 Ein Kinder- und Jugendparlament für Steglitz-Zehlendorf

Antragsteller*in: Jasper Hahn (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel

Ändern in:

Ein Kinder- und Jugendparlament für Steglitz-Zehlendorf!

Änderungsantrag zu A8

Von Zeile 1 bis 8:

Die GRÜNE JUGEND Steglitz-Zehlendorf fordert die zügige Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments im Bezirk Steglitz-Zehlendorf.

Kinder und Jugendliche finden in der Politik zu oft kein Gehör. Deshalb braucht es eine weitere Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung. Es reicht aber nicht aus, wenn Kinder und Jugendliche bei dieser Beteiligung bloße Bittsteller sind. Beteiligung junger Menschen braucht Verbindlichkeit!

~~Beteiligung junger Menschen braucht Verbindlichkeit! Das~~Ein Kinder- und Jugendparlament soll diese Verbindlichkeit schaffen,~~unter anderem durch.~~Dafür benötigt es ein Rede-, Antrags- und Informationsrecht in der BVV und deren Ausschüssen. So muss sich die Politik im Bezirk mit den Anliegen junger Menschen zwingend auseinandersetzen. Zur Sicherstellung einer guten und effektiven Arbeitsweise müssen dem Kinder- und Jugendparlament die nötigen Ressourcen, v.a. Personal zur pädagogischen und administrativen Unterstützung, bereitgestellt werden.
Ein Kinder- und Jugendparlament leistet außerdem einen wichtigen Beitrag, junge Menschen für Demokratie zu begeistern, indem es ihnen ermöglicht, gemeinsam in demokratischen Prozessen für ihre Interessen einzustehen.

Von Zeile 10 bis 12:

Partizipationsformaten stehen. Auch andere Partizipationsformate, wie etwa Umfragen oder Workshops der Verwaltung mit jungen Menschen (an ~~Schulen~~Schulen und in Jugendfreizeiteinrichtungen), müssen geschaffen oder ausgebaut werden. Dabei sind besonders solche wichtig, in denen niedrigschwellig

Ä1 Hindenburgdamm & Co umbenennen – Keine Antisemit*innen auf unseren Straßenschildern

Antragsteller*in: Jasper Hahn (LV Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag zu A9

Von Zeile 9 bis 10:

aus den nationalsozialistischen Verbrechen ernst nimmt, darf dem Antisemitismus durch solche Ehrungen nicht ~~mehr~~weiter Vorschub leisten.

Von Zeile 18 bis 21:

Wir fordern deshalb:

- Die schnelle Umsetzung aller empfohlenen Umbenennungen
- Eine tatsächlich ergebnisoffene Prüfung aller ggf. empfohlenen Umbenennungen unter Einbeziehung wissenschaftlicher Expertise
- Im Straßenbild gut sichtbare, wissenschaftlich fundierte Kontextualisierungen

Um die Geschichte des Antisemitismus und dessen Bekämpfung weiter präsent zu halten, sollen die Straßen nach Juden*Jüdinnen und anderen Personen, die sich durch Widerstand, Wissenschaft oder Engagement gegen Faschismus und

Ä1 Obdachlosigkeit sozial begegnen

Antragsteller*in: Jasper Hahn (LV Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag zu A10

Von Zeile 4 bis 11:

In Steglitz-Zehlendorf gibt nur sehr wenige Notunterkunfts-Plätze. Die Anzahl der Notunterkünfte im Bezirk muss drastisch erhöht werden. Daneben muss ~~im Rahmen eines Housing-First-Ansatzes~~ auch langfristiger Wohnraum für Obdachlose geschaffen werden. In Kombination mit Sozialarbeit soll ein solches Housing-First-Konzept langfristig zur Abschaffung von Obdachlosigkeit führen.

Obdachlosigkeit steht nicht selten in Verbindung mit Drogenkonsum. Um ~~das Risiko~~ die Risiken des Drogenkonsums zu verringern, braucht es dringend einen Drogenkonsumraum in zentraler Lage im Bezirk. Dies senkt ~~auch~~ die negativen Folgen von Drogenkonsum auch für Passant*innen und Anwohner*innen.

Von Zeile 14 bis 16:

deshalb einen sofortigen Baustopp solcher Architektur durch Bezirk, Stadt, BVG, Bahn und ~~Privaten~~ Unternehmen. Denn Obdachlosen noch weitere Barrieren in den Weg zu bauen, ist unsozial! Stattdessen muss existierende obdachlosenfeindliche Architektur konsequent zurückgebaut werden.

Ä1 Satzungsänderungsantrag: Antragsfristen

Antragsteller*in: Jasper Hahn (LV Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag zu A11

Von Zeile 3 bis 6:

(4) Die Frist für Satzungsänderungsanträge beträgt eine Woche, die Frist für Änderungsanträge an diesen ~~drei~~zwei Tage. Die Frist für alle übrigen Anträge beträgt ~~drei~~zwei Tage, Änderungsanträge an diesen können bis zum Aufruf des Antrages gestellt werden. Später eingereichte Anträge und Satzungsänderungsanträge können

Ä1 Ziviler Ungehorsam muss die Richtigen treffen – gezielt protestieren statt Gießkannenprotest.

Antragsteller*in: Alexander Kräß (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 25 bis 26 einfügen:

die Klimaschutz auf politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsebene verhindern. Der Protest muss die Entscheider*innen und nicht die unter der autogerechten Infrastruktur leidenden Menschen treffen. Es wäre somit effektiver sich am BMVI oder direkt an Volker Wissing festzukleben als auf dem Schulweg oder Arbeitsweg anderer Menschen.

Ä2 Ziviler Ungehorsam muss die Richtigen treffen – gezielt protestieren statt Gießkannenprotest.

Antragsteller*in: Jasper Hahn (KV Dithmarschen)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 6 bis 26:

~~Allerdings halten wir die von LG genutzten Protestformen für kontraproduktiv – in den letzten Monaten war die Debatte in Deutschland nicht auf Klimaschutz fokussiert, sondern auf hochumstrittene Protestformen. Statt Argumente für Klimaschutz zu bieten, schaffen sie eine Angriffsfläche auf die gesamte Klimabewegung – Sie machen nicht den Klimaschutz zum Subjekt einer gesellschaftlichen Debatte, sondern werden selbst zu diesem Subjekt. Unabhängig davon: Jegliche Art von Gewalt gegen Aktivist*innen ist inakzeptabel und verurteilenswert. Dass Berlins Innensenatorin Spranger mit ihren Aussagen zu diesem Thema Selbstjustiz legitimiert, disqualifiziert sie ihres Amtes.~~

~~Jeder Debattenbeitrag und jede Forderung braucht ein geeignetes, zielgruppengerechtes Kommunikationsmedium. Die Protestform der Letzten Generation steht den sonst unterstützenswerten Forderungen im Weg – wir müssen darüber reden, wen ziviler Ungehorsam treffen muss.~~

~~Der Umsetzungswille und die Entscheidungsmacht liegt nicht bei Pendler*innen oder der Zivilgesellschaft, sondern bei Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft.~~

~~Wir fordern:~~

~~In der Klimabewegung muss eine Debatte darüber stattfinden, welche Protestformen sinnvoll sind und wie wir es schaffen können, diejenigen unter Druck zu setzen, die Klimaschutz auf politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsebene verhindern.~~

Für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele ist innerparteilicher Druck und unmittelbar anschlussfähiger Protest notwendig. Es ist aber auch Druck nötig, der die Radikalität der Klimakrise aufzeigt. Dieser muss sich an die verantwortlichen Politiker*innen richten, aber auch an die Bevölkerung, die diese Politiker*innen abwählen kann,

Diesen Druck schafft die Letzte Generation mit ihrem zivilen Ungehorsam. Ziviler Ungehorsam ist, wenn auch zuerst unbeliebt, seit langer Zeit ein effektives Mittel, um demokratischen, sozialen und umweltpolitischen Fortschritt zu erreichen.

Aus diesen Gründen ist der Protest der Letzten Generation legitim und notwendig! Gewalt und Selbstjustiz sowie die überzogene staatliche Kriminalisierung müssen aufhören.

In der Klimabewegung muss eine Debatte darüber stattfinden, wie mit verschiedensten Protestformen gemeinsam Druck für mehr Klimaschutz geschaffen werden kann.

Ä3 Ziviler Ungehorsam muss die Richtigen treffen – gezielt protestieren statt Gießkannenprotest.

Antragsteller*in: Johanna Martens, Liliana Marie Dornheckter, Maria Faerber, Lea Knäbel,
Sebastian Alpen, Leonardo Dimeo, Daniel Eliasson (GJ SteZe)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 4 bis 5 einfügen:

Tempolimit von 100 km/h oder Klimabürger*innenräte sind nicht radikal, sondern dringend notwendig
– jeder Schritt macht einen Unterschied.

Für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele ist innerparteilicher Druck und unmittelbar anschlussfähiger Protest notwendig. Es ist aber auch Druck nötig, der die Radikalität der Klimakrise aufzeigt. Dieser muss sich an die verantwortlichen Politiker*innen richten, aber auch an die Bevölkerung, die diese Politiker*innen wählen.

Begründung

MÜNDLICH

Ä4 Ziviler Ungehorsam muss die Richtigen treffen – gezielt protestieren statt Gießkannenprotest.

Antragsteller*in: Jasper Hahn (KV Dithmarschen)

Titel

Ändern in:

Umgang mit zivilem Ungehorsam

Ä5 Ziviler Ungehorsam muss die Richtigen treffen – gezielt protestieren statt Gießkannenprotest.

Antragsteller*in: Jasper Hahn (KV Dithmarschen)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 4 bis 5 einfügen:

Tempolimit von 100 km/h oder Klimabürger*innenräte sind nicht radikal, sondern dringend notwendig – jeder Schritt macht einen Unterschied.

Für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele ist innerparteilicher Druck und unmittelbar anschlussfähiger Protest notwendig. Es ist aber auch Druck notwendig, der die Radikalität der Klimakrise aufzeigt. Dieser muss sich an die verantwortlichen Politiker*innen richten, aber auch an die Bevölkerung, die diese Politiker*innen wählen.

Von Zeile 19 bis 21 löschen:

~~Der Umsetzungswille und die Entscheidungsmacht liegt nicht bei Pendler*innen oder der Zivilgesellschaft, sondern bei Entscheidungsträger*innen in Politik und Wirtschaft.~~

Ä6 Ziviler Ungehorsam muss die Richtigen treffen – gezielt protestieren statt Gießkannenprotest.

Antragsteller*in: Jasper Hahn (KV Dithmarschen)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 13 bis 14 einfügen:

verurteilenswert. Dass Berlins Innensenatorin Spranger mit ihren Aussagen zu diesem Thema Selbstjustiz legitimiert, disqualifiziert sie ihres Amtes. Vorverurteilungen durch Politiker*innen oder Behörden ohne gerichtliches Urteil kritisieren wir deutlich. Ebenso halten wir Haftstrafen ohne Bewährung für friedlich Demonstrierende und Präventivhaft für sehr problematisch.

Ä7 Ziviler Ungehorsam muss die Richtigen treffen – gezielt protestieren statt Gießkannenprotest.

Antragsteller*in: Jasper Hahn (KV Dithmarschen)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 22 bis 28:

~~Wir fordern:~~

~~In der Klimabewegung muss eine Debatte darüber stattfinden, welche Protestformen sinnvoll sind und wie wir es schaffen können, diejenigen unter Druck zu setzen, die Klimaschutz auf politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsebene verhindern.~~

~~Als Grüne Jugend Steglitz-Zehlendorf erklären wir uns bereit, hierzu mit der Letzten Generation ins Gespräch zu gehen.~~

Wir teilen mit der Letzten Generation die Forderung nach konsequenter Bekämpfung der Klimakrise.

Deshalb fordern wir:

Die Verzweiflung unserer Generation über fehlenden Klimaschutz, der auch in den Aktionen der Letzten Generation deutlich wird, muss - unabhängig von der Debatte über die konkreten Protestformen - ernstgenommen werden. Klar ist für uns: Es braucht radikalen Klimaschutz!

Ä8 Ziviler Ungehorsam muss die Richtigen treffen – gezielt protestieren statt Gießkannenprotest.

Antragsteller*in: Jasper Hahn (KV Dithmarschen)

Änderungsantrag zu D2

Von Zeile 4 bis 13:

Tempolimit von 100 km/h oder Klimabürger*innenräte sind nicht radikal, sondern dringend notwendig – jeder Schritt macht einen Unterschied. ~~[Leerzeichen]~~

~~Allerdings halten wir die von LG genutzten Protestformen für kontraproduktiv – in den letzten Monaten war die Debatte in Deutschland nicht auf Klimaschutz fokussiert, sondern auf hochumstrittene Protestformen. Statt Argumente für Klimaschutz zu bieten, schaffen sie eine Angriffsfläche auf die gesamte Klimabewegung – Sie machen nicht den Klimaschutz zum Subjekt einer gesellschaftlichen Debatte, sondern werden selbst zu diesem Subjekt. Unabhängig davon: Konservative Politiker*innen und Medien machen in den letzten Monaten massiv Stimmung gegen dringend notwendige Klimaschutzmaßnahmen, wie die Wärmewende durch die Reform des Gebäudeneergiesetzes. Teil dieser Anti-Klimaschutz-Kampagne ist auch die große Fokussierung auf einige Protestformen der Letzten Generation. Statt solcher Ablenkungsmanöver fordern wir die anderen Parteien auf, sich endlich konstruktiv und lösungsorientiert an der Debatte über die Umsetzung von Klimaschutz zu beteiligen.~~ Jegliche Art von Gewalt gegen Aktivist*innen ist inakzeptabel und verurteilenswert. Dass Berlins Innensenatorin Spranger mit ihren Aussagen zu

Von Zeile 15 bis 18 löschen:

~~Jeder Debattenbeitrag und jede Forderung braucht ein geeignetes, zielgruppengerechtes Kommunikationsmedium. Die Protestform der Letzten Generation steht den sonst unterstützenswerten Forderungen im Weg – wir müssen darüber reden, wen ziviler Ungehorsam treffen muss.~~